

## Postwachstumsökonomie als Alternative

von Alexis J. Passadakis

„Die Biosphäre ist bereits derart geplündert und fragil, dass Naturausbeutung zur privaten Anhäufung von Reichtum gestoppt werden muss. Dies aber setzt ein Ende des Wachstums im Norden voraus“, sagte Nicola Bullard von der NGO „Focus on the Global South“ beim Weltsozialforum in Dakar im vergangenen Februar. Die stärksten Impulse einer neuen Bewegung für Umweltgerechtigkeit, die explizit die ökologische und die soziale Frage miteinander verbindet, kommen inzwischen aus dem Süden, insbesondere von den indigenen Bewegungen Lateinamerikas. Eine Illustration für die anhaltende Plünderung des Südens durch den Norden liefert der „ökologische Fußabdruck“: Er berechnet die Biokapazität der Bundesrepublik mit 1,9 „globalen Hektar“ pro Kopf, während der tatsächliche Pro-Kopfverbrauch bei 4,8 liegt. Auch wenn dieser Indikator eher metaphorisch zu verstehen ist, weist er auf die Grundlage der „*imperialen Lebensweise*“ (Uli Brand/Markus Wissen) des Nordens hin. Denn diese basiert auf dem Zugriff auf die Wälder, Fischbestände und landwirtschaftliche und mineralische Rohstoffe des Südens und benutzt diesen zusätzlich noch als Müllkippe. Auch auf der Wertebene finanziert der Süden den Norden kräftig mit: Allein 2006 betrug der Nettokapitaltransfer von Süd nach Nord circa 650 Milliarden US-Dollar. An dieser globalen stofflichen und finanziellen Ausbeutungsdynamik kommt keine internationalistische Position, die nicht nur deklaratorisch ist, sondern programmatisch ernst gemeint ist, vorbei. Wer von Wachstum im Norden spricht, sollte nicht davon schweigen dürfen, dass ein erheblicher Teil der Ressourcen aus wesentlich ärmeren Ländern stammt. Die Perspektive in den Metropolen ist jedoch eine ganz andere: Der etwa dreijährige Zyklus der UN-Klimaverhandlungen ab 2006/07 endete mit dem spektakulären Desaster des Klima-Gipfels in Kopenhagen. Parallel zu der ergebnislosen internationalen Diplomatie entfalteten sich neue Diskussionen über Schritte zu einem „grünen“, „nachhaltigen“ Kapitalismus. Und nach dem Kollaps der Lehman Bank im September 2008 fand ein Revival von wirtschaftspolitischen Konzepten statt, die sich an John M. Keynes' Ideen anlehnen. Diese beiden Diskussionsstränge wurden als Vorschlag zur Bewältigung der Umwelt- und Weltwirtschaftskrise von Think Tanks, liberalen und grünen Parteien zu dem Konzept eines „Green New Deal“ verwoben, der den kriselnden finanzmarktgetriebenen Kapitalismus durch einen „grünen Kapitalismus“ ersetzen soll - inklusive eines neuen Wirtschaftsbooms mittels massiver Investitionen in neue energieeffiziente Technologien. Das erhoffte Resultat: Umweltschutz, Konzerngewinne und neue Jobs auf einen Streich. Auch viele Gewerkschaften sehen diese Strategie als Option. Jeder Schritt in Richtung einer Wirtschaftsweise, die auf erneuerbaren Energien beruht, ist wünschenswert. Dennoch stellt sich die Frage, ob eine Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum in dem hohen notwendigen Maße, wie sie nötig ist, um die ökologischen Grenzen zu respektieren, plausibel ist. Simple Arithmetik führt zu verblüffenden Ergebnissen: Die globale Ökonomie ist heute fast

fünf Mal größer als vor 50 Jahren. Wenn das Welt-Bruttoinlandsprodukt mit der selben Rate weiter wächst, dann wird im Jahr 2100 das Welt-BIP 80 Mal so groß sein. Selbst bei erheblicher Energieeffizienzsteigerung und ambitionierter Substitution fossiler durch erneuerbare Energien versagt angesichts solcher Zahlen jeder technologische Optimismus. Es gilt, Sand in das Getriebe der Kapitalakkumulation zu streuen, um die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen einzudämmen.

Hinzu kommt, dass zumindest in der deutschen Öffentlichkeit - geschweige denn von Ökonomen - das Phänomen der physischen Endlichkeit von Schlüssel-Ressourcen kaum wahrgenommen wird. Selbst die Internationale Energie-Agentur (IEA), für die dieses Phänomen bisher ein Tabu war, hat inzwischen eingestanden, dass es ein Fördermaximum von Erdöl (Peak Oil) geben wird. Es ist ein riskantes Experiment „zu testen“, wie eine wachstumsbasierte Weltwirtschaft nicht bei Knappheit, sondern bei einem tatsächlichen Mangel ihres wichtigsten Energierohstoffes funktionieren wird.

Nicht zuletzt ist eine attraktive kooperative Lebensweise, die nicht allein auf Lohnarbeit und das Erwirtschaften von Überschüssen fixiert ist, sondern auch Reproduktionsarbeit und politische Betätigung berücksichtigt, kaum mit einer Wachstumsökonomie vereinbar. Eine Kernforderung vieler Wachstumskritiker ist eine radikalen Absenkung von individueller Lohnarbeit auf 20 Stunden. Verknüpft mit einer Verschiebung der Ökonomie in Richtung soziale Dienstleistungen und Umverteilung – national und international – geht es bei der Idee einer solidarischen Postwachstumsökonomie um ein egalitäres, post-kapitalistisches Projekt.

Erscheint am 29. April 2011 in „Solidarität – Sozialistische Zeitung“